

Mai 2025

Länderbericht

Auslandsbüro Belarus

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Formal noch unabhängig aber kaum mehr souverän

Belarus im Sog Russlands

Gabriele Baumann

Russland treibt den seit langem auf kleiner Flamme köchelnden Prozess hin zu einem Unionsstaat mit Belarus jetzt auf allen Ebenen und in hohem Tempo voran. Zuletzt fand Ende April im russischen Wolgograd das pompöse Forum "Großes Vermächtnis – gemeinsame Zukunft" am Rande der Gedenkfeier zum 80. Jahrestag des Sieges der Roten Armee in Stalingrad statt. Was von unabhängigen Beobachtern als **Moskauer "Siegeshysterie"** rund um die Militärparade am 9. Mai bezeichnet wird, gilt nicht weniger für das offizielle Belarus. Das russische Narrativ über die Auslegung der Geschichte des 2. Weltkrieges dient auch dort als Legitimation für die Aggression gegenüber der Ukraine und das Auftreten gegenüber Europa. Lukaschenko hat sich durch die umfänglichen Zugeständnisse an Russland zwar seinen Machterhalt erkaufte, nimmt damit aber in Kauf, dass Belarus seine Souveränität immer weiter verliert. Sicherheitspolitisch ist das **„Abkommen über Sicherheitsgarantien im Unionsstaat“**, ratifiziert Anfang des Jahres in Moskau, eine weitere Eskalationsstufe. Es ermöglicht unter anderem militärische Stützpunkte für russische Atomraketen, welche in zwei Minuten Vilnius erreichen können. Russland braucht das Regime im Nachbarland als engen militärischen Verbündeten, sein Staatsgebiet für die Verlegung von Raketen und als Aufmarschplatz für Truppen an der Grenze zu Litauen, Polen und der Ukraine. Die für September gemeinsam geplanten **Manöver „Zapad 2025“** wecken böse Erinnerungen an die auf „Übungsmanöver“ folgende russische Großinvasion der Ukraine im Februar 2022.

“Putins erfolgreichstes Integrationsprojekt” – Beschleunigte Gleichschaltung der Rüstungs- und Verteidigungspolitik

Belarus ist eindeutig “Putins erfolgreichstes Integrationsprojekt” im Osten *Europas*, denn Machthaber *Lukaschenko* hat sein Land nach der verlorenen Wahl 2020 an den *Kreml* ausgeliefert, um seinen Machtanspruch zu sichern. Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die *Ukraine* 2022 ist *Belarus* zudem der Ko-Aggressor, welcher *Russlands* Krieg in der *Ukraine* vielfältig unterstützt. Das Land wird immer mehr zur Werkbank der russischen Militärindustrie, denn spätestens seit 2023 greifen belarusische Unternehmen der voll ausgelasteten russischen Militärindustrie intensiv unter die Arme, über 280 Unternehmen sind allein als Zulieferer für Raketen und Flugzeuge gelistet. Bei *Orscha* läuft die Massenproduktion von Drohnen an. Nach Beginn des russischen Angriffs wurde Munition, die sich seit der Sowjetzeit in den Arsenalen der Streitkräfte angesammelt hatte, nach *Russland* transferiert. Allein bis Januar 2023 waren das über 131.000 Tonnen, bis die Kapazitäten für *Lukaschenkos* eigene Streitkräfte fast ausgeschöpft waren. Im Juli 2023 musste *Lukaschenko* bis zu 5000 *Wagner-Söldner* in *Belarus* unterbringen und stellte das Land somit als Umschlagplatz für russische Söldner zur Verfügung.

Aufgabe des atomfreien Status und “Vertrag über gegenseitige Sicherheitsgarantien”

Zwei Stützpunkte mit S-400

Luftabwehrraketen errichtete **Russland** noch während des gemeinsamen Manövers „**Alliierte Entschlossenheit 2022**“, der Vorstufe des russischen Kriegs gegen die *Ukraine*. Mithilfe eines manipulierten Verfassungsreferendums drei Tage nach Beginn der großangelegten russischen Invasion hob das Regime den atomfreien Status und die Neutralitätsklausel in der Verfassung von *Belarus* auf. Seit Dezember 2024 droht *Putin* mit der Stationierung russischer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ “**Oreschnik**” auf belarusischem Gebiet. Im März 2025 ließ sich *Lukaschenko* die faktische Einbuße der militärischen Souveränität mit einem “**Vertrag über gegenseitige Sicherheitsgarantien**” im *Unionsstaat* von *Putin* auch de jure aufzwingen. Das Abkommen

gewährt *Russland* das Recht auf eigene Stützpunkte in *Belarus*, es kann Unterstützung durch das dortige Militär im Fall einer Bedrohung russischer territorialer Integrität einfordern. Einen Tag nach der Ratifizierung des Abkommens bewilligte der russische *Föderationsrat* einen Aufschub für die Rückzahlung russischer staatlicher Kredite in Höhe von 800 Millionen Dollar; die Spirale der Abhängigkeit dreht sich somit immer weiter. *Minsk* kann durch Vergünstigungen dieser Art zudem mehr Geld in die eigene Verteidigung investieren: Nominal sind die Verteidigungsausgaben von 2022 bis 2025 um über 100 Prozent gestiegen. Was die militärische Bedeutung der belarusischen Streitkräfte angeht, so haben sie nach Aussage von Sicherheitsexperten in den letzten Jahren an Schlagkraft gewonnen. Die ungefähre Truppenstärke liegt derzeit bei maximal 75 Tsd. plus zivile Fachkräfte, circa 20.000 davon sind kampffähige Einheiten. Noch erteilt *Lukaschenko* einem möglichen Einsatz seiner Streitkräfte eine Absage, da er die Stimmung in der Bevölkerung kennt, welche dies rigoros ablehnt. Ob das demnächst noch möglich sein wird, ist allerdings fragwürdig.

Wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland und “Integrationsfahrpläne”

Lag *Russlands* Anteil am **Außenhandelsumsatz** von *Belarus* vor 2020 bei unter 40 Prozent, erreichte er im vergangenen Jahr 70 Prozent. Darüber hinaus hängen weitere 25 Prozent des belarusischen Außenhandels mit Drittstaaten von russischer Logistik ab. 80 Prozent der Importe nach *Belarus* kommen aus *Russland*, darunter auch 80 Prozent aller Energieimporte. Im Rahmen der Umsetzung von 28 “Integrationsfahrplänen” zur Schaffung des Unionsstaats wurden bereits das Zoll- und Steuersystem sowie wesentliche Bereiche des Finanzwesens vereinheitlicht. Die Abhängigkeit ist somit auch wirtschaftlich extrem hoch, nicht zuletzt eine Folge der Sanktionen der Europäischen Union.

Bis 2026 soll die **zweite Phase der Integration** umgesetzt sein, bei der es um Kultur, Medien, Rechtswesen und Bildung geht. Im Grunde genommen setzt der *Kreml* in *Belarus* die Ansätze durch, die er 2022 für die *Ukraine* geplant hatte und die in dem geleakten Dokument “**Strategische Ziele der Russischen Föderation in Belarus**” von 2021 enthalten sind, wonach

Russland Belarus bis 2030 annektieren will. Lukaschenkos Zugeständnisse *Russland* gegenüber öffneten nach 2020 Tür und Tor für eine ungehemmte **Russifizierung in Belarus**. Dies betrifft einheitliche Informations- und Bildungsräume ebenso wie die Gleichschaltung der Medien beispielsweise über die Einrichtung einer gemeinsamen Geschichtskommission. Gerade im 80. Jubiläumsjahr des "Sieges im Großen Vaterländischen Krieg", wie das Ende des 2. Weltkrieges in *Moskau* und *Minsk* bezeichnet wird, ist die Übernahme des Narrativs der "*Russischen Welt*" durch *Lukaschenko* und Vertreter seines Regimes nicht zu übersehen. Wer dabei das Kommando hat, demonstrierte *Putin* deutlich am 9. Mai, dem Feiertag des Sieges: *Lukaschenko* wurde zur Teilnahme an den Feierlichkeiten nach *Moskau* bestellt und musste den Höhepunkt der eigenen Militärparade am 9. Mai in *Minsk* auf den späten Abend legen, um auch daran teilnehmen zu können.

Ausbau der Gremien des Unionsstaates

Die "**Integrationsfahrpläne**" schaffen die Voraussetzungen für eine engere politische Koordinierung und tragen zur Einführung von supranationalen Institutionen bei, so dass *Belarus* entweder als Ganzes oder in einzelnen Bereichen effektiv als russisches Territorium regiert werden kann. Außenpolitisch und – wie oben erwähnt – verteidigungspolitisch ist *Belarus* de facto mit *Russland* gleichgeschaltet. Die seit 2021 fast monatlichen Treffen und Telefonate zwischen *Lukaschenko* und *Putin* zeugen von einem steigenden engmaschigen Abstimmungsbedarf mit *Moskau* bei der Entscheidungsfindung in *Minsk*. Der *Kreml* wird versuchen, die bestehenden **Gremien des Unionsstaates** wie etwa den *Ständigen Rat*, die *Parlamentarische Versammlung* sowie den *Ministerrat* auszubauen

und ihnen mehr Macht zu verleihen, um die laufenden Integrationsmaßnahmen abzuschließen. Mitte April wurde dazu der russische Politiker **und langjährige Kreml-Beamte Sergej Glasjew** zum Leiter des *Ständigen Rates* ernannt. Die Besetzung dieses ehemals rein repräsentativen Postens durch eine Person mit einer ausgeprägt imperialen und nationalistischen Agenda deutet auf eine aktivere Ausgestaltung der Gremien des *Unionsstaates* hin.

Fazit: Ein besetztes Land ohne Spielräume?

Lukaschenko bezahlt seinen Machterhalt damit, dass er die Souveränität seines Landes an *Russland* weitestgehend abtritt. Formal bleibt *Belarus* ein unabhängiges Land mit einer international isolierten Regierung, die ihr Staatsgebiet zumindest noch teilweise kontrolliert. Auch wenn sich *Lukaschenko* in der Öffentlichkeit gegen russische Narrative wie beispielsweise das Tragen des *Georgsbands* bei der Parade am 9. Mai wehrt, so werden seine Spielräume – wie dargelegt – immer enger. *Lukaschenkos* erklärtes Ziel ist nicht, Gouverneur einer russischen Teilrepublik zu werden, er tritt weiter ein für die Eigenständigkeit seines Landes. Die Bevölkerung trägt, das haben unabhängige Umfragen der letzten Jahre gezeigt, aufgrund des Mangels an Alternativen größtenteils die Annäherung an *Russland* mit, will aber ebenfalls nicht ein Teil von *Russland* werden. 80 Prozent der Bevölkerung, auch das ist bemerkenswert und steht in scharfem Kontrast zu ähnlichen Umfragen in *Russland*, geben an, dass sie gegen eine Beteiligung am Krieg in der *Ukraine* sind. Bislang hält dieser Umstand *Lukaschenko* davon ab, mit eigenen Streitkräften in den Krieg einzugreifen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gabriele Baumann
Leiterin Auslandsbüro Belarus
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/belarus

info.belarus@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)